

Bevölkerungspolitik aus feministischer Sicht



Beispiele aus Indien und Afrika¹

Shalini Randeria



Bereits Thomas Malthus (1766–1834) und Marquis de Condorcet (1743–1794) erkannten die langfristigen Auswirkungen demographischer Prozesse und ihrer sozialen Folgen und versuchten diese theoretisch wie politisch zu bearbeiten. Die Fortdauer der frühen Gegensätze der beiden zeigt sich in aktuellen Versuchen, bevölkerungspolitisch in das Leben von Familien in Entwicklungsländern einzugreifen. Denn häufig wird dabei zu einseitig technokratisch gedacht ohne die Bedeutung komplexer sozio-kultureller Faktoren mit in Betracht zu ziehen. Es genügt eben nicht, Mengen an Kontrazeptiva zu verteilen, wichtiger ist vielmehr, Frauenbildung zu fördern und einen gesamtgesellschaftlichen Bewusstseinswandel herbeizuführen.

Bei meiner Beschäftigung mit dem Thema Bevölkerungspolitik habe ich oft das Gefühl, in einer schizophrenen Welt zu leben. Während in Europa die Sorge über den Geburtenrückgang das öffentliche Denken bestimmt, wird in Indien gerade die hohe Geburtenrate als eines der wichtigsten Probleme des Landes definiert. Das gleichzeitige Festhalten an gegensätzlichen bevölkerungspolitischen Vorstellungen und Zielen im globalen Dorf beschreibt Hans Magnus Enzensberger treffend mit dem Begriff der „demographischen Bulimie“².

Zahlte der indische Staat einst Prämien für Sterilisierungen, erlaubte in öffentlichen Krankenhäusern³ die Erprobung eines neuen Impfstoffes gegen Schwangerschaften und dürfen Paare mit mehr als zwei Kindern in einigen indischen Bundesländern nicht für ein politisches Amt auf lokaler Ebene kandidieren, so wurde in Deutschland die Gebärfreude durch die Androhung höherer Steuern für Kinderlose oder ein so genanntes „Begrüßungsgeld“ für Neugeborene zu stimulieren versucht. Während in Indien in einigen Bundesländern der Erhalt von staatlichen Subventionen von der Einwilli-

gung zur Sterilisierung abhängig gemacht wurde oder sterilisierte Paare, in Rajasthan etwa, an einer Lotterie für den Kleinwagen Nano teilnehmen dürfen, finanzieren deutsche Krankenkassen drei Versuche zur künstlichen Befruchtung. Solche Beispiele machen die gegensätzlichen bevölkerungspolitischen Strategien für unterschiedliche Teile und Gruppen in der „Einen Welt“ sichtbar, in der vier von fünf Menschen im Süden geboren, aber vier Fünftel aller Ressourcen im Norden verbraucht werden.

Malthus übernahm die These eines zunehmenden Ungleichgewichts zwischen Bevölkerungswachstum und dem Angebot an Nahrungsmitteln von Condorcet, der 1795 als erster darauf hingewiesen hatte, dass „das Wachstum der Anzahl der Menschen über ihre Subsistenzmittel hinaus“ zu einer „ste-

tigen Verringerung des Glücks“ führen würde.⁴ Für Condorcet war dies aber keine alarmierende Feststellung, denn durch die wissenschaftliche Förderung des landwirtschaftlichen Produktivitätszuwachses ließe sich nach seiner Meinung das Problem lösen. Malthus richtete sein 1798 in der ersten Auflage anonym veröffentlichtes „Essay on the Principle of Population“ explizit gegen das von der französischen Revolution inspirierte optimistische Traktat Condorcets, das im selben Jahr auch in englischer Übersetzung erschien. Condorcet erwähnte darin auch explizit die Möglichkeit, Sexualität von der Fortpflanzung zu trennen, um die Gefahr der Überbevölkerung zu vermeiden. Ganz in Sinne der Aufklärung hoffte er auf einen Fortschritt der Vernunft und eine bewusste und freiwillige Änderung des

¹ Gekürzte Fassung des Vortrags (2006) „Malthus contra Condorcet. Bevölkerungspolitik, Gender und Kultur aus ethnologischer Perspektive“, die Schlussgedanken stammen aus „Die sozio-ökonomische Einbettung reproduktiver Rechte: Frauen und Bevölkerungspolitik in Indien“, in: Feministische Studien, Nr. 1, 1995, S. 119–132. Zusammengefasst wurde der Text von Barbara Schellhammer.

² Hans-Magnus Enzensberger, Die Grosse Wanderung. Essays, Frankfurt a. M., 1993.

³ Judith Richter, Anti-Schwangerschafts-„Impfstoffe“, „Schwangerschaftsepidemien“ und Missbrauch, in: Christa Wichterich (Hg.), Menschen nach Maß – Bevölkerungspolitik in Nord und Süd, Göttingen 1994, 163–180.